Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 266. Abendblatt. Mittwoch, den 10. Juni 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 9. Juni. Das süddeutsche Programm, das nach Schluß des Zollparlaments erschienen ist, gründet seine Hoffnungen auf Erfolg bekanntlich darauf, daß eine freisinnige Politik verfolgt werden müsse, im Gegensatz zum norddeutschen Bunde, der in Augen dieser Klasse vom süddeutschen ein Ausbund von Unfreiheit und Gewaltthätigkeit ist. Unter diesem Programm steht man neben den ultrademokratischen Namen eines Probst u. s. w. auch die hochadelichen Namen von baierschen Reichsräthen wie von Thüngen, zu Rhein u. s. w. figuriren, die auf der äußersten Rechten in der Reichsrathskammer sitzen und ihre Abstimmungen auch immer nach dieser eingenommenen Parteistellung abgegeben haben. Als man in Baiern versuchte, das Preßgewerbe vom Konzessionszwang zu befreien, stimmten 4 von den 5 Reichsräthen, die das Programm mit unterzeichnet haben, gegen die betreffende Gesetzesvorlage und als es sich dort um die Einführung eines Gesetzes handelte, die Ehe zwischen Dissidenten und Mitgliedern der anerkannten Kirchengemeinden zu gestatten, stimmten diese alle 5 gegen dieselben. Und doch sind beides gerade Gesetze, die von der liberalen Partei als die drei nothwendigen Ergebnisse einer freisinnigen Politik angesehen werden. Man sieht aber daraus, wie aufrichtig es diesen Herrn Reichsräthen am Herzen liegt, wenn sie sich auf G. und eines freisinnigen Programms mit den süddeutschen Demokraten vereinigen. — Die in Prag erscheinende „Politik" enthält folgendes erstaunliche Telegramm aus Berlin: „Die preußische Regierung ruft 55 Bataillone und 211 Eskadrons Landwehr unter die Waffen, um die Besatzungen in den Rheinprovinzen, Schleswig-Holstein und Hannover zu verstärken." Es ist dies eine reine muthwillige Erfindung. Weit entfernt, den Präsenzstand der Armee zu verstärken, hat die preußische Regierung vielmehr Maßregeln ergriffen, den Stand der Armee noch unter den in Friedenszeiten üblichen Präsenzstand herabzusetzen. — In verschiedenen französischen Korrespondenzen wird die Mittheilung gemacht, daß der Botschafter des norddeutschen Bundes Graf Goltz in Paris erkrankt sei und einen längern Urlaub nehmen werde. Es ist möglich, daß Graf Goltz Urlaub nehmen wird, wie dies bei den Diplomaten gewöhnlich in den Sommermonaten ist, wo auch die Politik in den Residenzen Ferien hat, indessen von einer Erkrankung desselben ist hier in Kreisen, die davon unterrichtet sein müßten, nichts bekannt. — Die Besserung in dem Befinden des Grafen Bismarck ist soweit vorgeschritten, daß ihm seine Aerzte erlaubt haben, im Garten spaziren zu gehen. — Die „Köln. Ztg." enthält die Mittheilung, daß der Oberpräsident v. Schleinitz nach der bekanntlich am 18. d. stattfindenden Feier seines 50jährigen Dienstjubiläums in den Ruhestand treten werde. In Regierungskreisen ist davon nichts bekannt. Dagegen haben wir schon früher gemeldet, daß der Ober-Präsident der Provinz Preußen, der Wirkliche Geheime Rath Eichmann, aus dem Staatsdienst zurückzutreten wünscht. — Wie wir aus dem Reichstag vernehmen, sind die Bestrebungen, es zu einer faktischen Erledigung der Marinefrage zu bringen, noch nicht aufgegeben, eine solche herbeizuführen soll namentlich innerhalb der national-liberalen Fraktion lebhaften Anklang finden. — Der Bundeskanzler hat seinerseits dem Bundesrath ein Gesetz, betr. die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. Novbr. 1867 aufzunehmenden Bundesanleihe zur Beschlußnahme vorgelegt. Die Verwaltung der Marine-Anleihe soll danach bis auf Weiteres der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen und von derselben nach Maßgabe des preußischen Gesetzes vom 24. Februar 1850 geführt werden. Die obere Leitung soll dem Bundeskanzler zustehen. Wie wir hören, ist die Mehrheit des Reichstags im Voraus mit einer solchen Vorlage einverstanden. — Der General-Telegraphen-Direktor v. Chauvin begiebt sich zum Kongreß der europäischen Telegraphenverwaltungen nach Wien, wo einerseits besprochen werden soll, ob die auf dem Kongreß zu Paris im Jahre 1865 als allgemein gültig aufgestellten Bedingungen für den internationalen Telegraphenverkehr sich bewährt haben oder ob Aenderungen wünschenswerth erscheinen, und wo andererseits neue Vorschläge, welche von den Telegraphenverwaltungen für die Berathungen in Wien proponirt sind, geprüft werden sollen. Die Dauer der Abwesenheit des Herrn v. Chauvin ist auf 4 Wochen berechnet. Derselbe wird diese Gelegenheit zugleich benutzen, um mit den Vertretern der österreichischen, baierschen, würtembergischen, badischen und niederländischen Telegraphenverwaltungen Besprechungen zu halten, in welcher Weise neue Arrangements zur Regelung der Telegraphen-Verhältnisse der bisher zum deutsch-österreichischen Telegraphen-Verein gehörigen Staaten getroffen werden können, da durch die Vereinigung des gesammten Telegraphenwesens des norddeutschen Bundes an einer Stelle dieser Vertrag hinfällig geworden ist. Herr v. Chauvin wird entsprechende Vorschläge machen, nach welchen Preußen im Namen des norddeutschen Bundes besondere Verträge mit Oesterreich, den Niederlanden und den süddeutschen Staaten, welche letztere unter sich eine engere Vereinigung bilden sollen, als empfehlenswerth bezeichnen dürfte. — Der Entwurf eines Postvertrags mit Rumänien ist vereinbart und der rumänische Bevollmächtigte Folcoiano hat sich nach Wien begeben, um daselbst Verhandlungen mit Oesterreich wegen der postalischen Verhältnisse zu führen. Es wird dabei namentlich darauf ankommen, daß Oesterreich seine besondern Postanstalten in Rumänien aufgiebt, deren es daselbst viele hat. Nachdem ein Arrangement mit Oesterreich getroffen worden ist, wird der rumänische Bevollmächtigte hierher zur Schlußverhandlung zurückkehren. — Der Ausschuß des Bundesraths für Rechnungswesen hat den Entwurf eines Gesetzes, betreffend einige Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, ausgearbeitet und beim Bundesrath die Genehmigung desselben beantragt.

Berlin, 10. Juni. Se. Majestät der König wohnte am Montag Abends der Vorstellung im Schauspielhause bei, fuhr heute Morgens in Begleitung des Flügel-Adjutanten, Oberstlieutenants v. Lucadou nach dem Tempelhofer Felde und ließ dort im Beisein des Kronprinzen, des Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Vater und Sohn, der Prinzen August von Würtemberg, des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, sowie der Generalität, der Militärbevollmächtigten und der hier anwesenden fremden Offiziere das Garde-Kürassier- und des 1. Garde-Dragoner-Regiment verschiedene Exerzitien ausführen. Mittags hatte die Ehre des Empfanges der aus Petersburg hier eingetroffene Militärbevollmächtigte, Flügeladjutant Oberst v. Schweinitz, und der General der Infanterie v. Peucker und schlossen sich hieran die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Chefs des Militär-Kabinets v. Treskow, des Unter-Staatssekretärs v. Thile. Darauf hatte der König eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister v. Roon, speiste dann bei dem Kultusminister v. Mühler und erschien Abends in der Oper. Morgen Vormittag besichtigt der König auf dem Tempelhofer Felde das 2. Garde-Dragoner- und des 2. Garde-Ulanen-Regiment.

— Die „N. A. Ztg." schreibt: „Nachdem wir die Kompetenz des Zoll-Parlaments hinsichtlich des bekannten Antrages des Abgeordneten Bamberger in verschiedenen Artikeln nachgewiesen und in dieser Beziehung mit Ausschluß einiger Organe der „süddeutschen Fraktion", namentlich der „Volkspartei", so ziemlich mit aller Welt uns in Uebereinstimmung befinden, kann es nicht unsere Aufgabe sein, den vereinzelten Widerspruch, welchen die „Darmstädter Ztg." fortzusetzen für gut hält, noch ferner zu berücksichtigen. Das eine Organ des Zollvereins, das Zollparlament, hat sich für die Kompetenz ausgesprochen, wir glauben in der Annahme nicht zu irren, daß das andere Organ, der Zollbundesrath, ein Gleiches thun werde. Damit würde denn diese Frage definitiv erledigt sein, und der in der Minorität gebliebene Staat wird sich darein finden müssen, daß die Zeiten des liberum veto vorüber sind. Unseres Erachtens noch kann es auch selbst für den ehrgeizigsten Staatsmann eines kleinen Staates nichts Verletzendes haben, einem Votum sich zu fügen, hinter welchem der Wille einer so überwältigenden Majorität steht, wie in diesem Falle, wenn unsere obige Voraussetzung gegründet ist.

— Zur Bemessung des Werthes der Versicherungen, welche der österreichische Finanzminister über die bevorstehenden Ersparungen im Staatshaushalte dem Reichsrath gegeben hat, ist die Thatsache geeignet, daß das Militärbudget Oesterreichs für 1869 eine Erhöhung des Ordinar-Etats auf 81 Millionen bringt.

— Der Finanzminister Freiherr v. d. Heydt giebt morgen den Mitgliedern des Reichstages auf seiner Villa ein Diner.

Berlin, 9. Juni. Die Bundesliquidationskommission wird — auf den Wunsch Baierns — nächstens wieder zusammentreten, um die Theilung des noch im gemeinschaftlichen Besitz der Bundesregierungen befindlichen Festungseigenthums vorzunehmen.

— Die Segelfregatte „Thetis" soll sofort zur Ausbildung von 60 Seekadetten eingerichtet werden. — Die im Marineministerium beschäftigte Kommission zur Uebersetzung des internationalen Signal-Codex hat jetzt ihre Aufgabe vollendet und ist wieder zurückgekehrt.

— Da der Bundeskanzler Graf Bismarck durch seine Krankheit von den Geschäften fern gehalten wird, so ist der Kgl. sächsische Staatsminister v. Friesen nach Berlin gekommen, um Graf Bismarck sowohl im Vorsitz des Bundesrathes, wie im Reichstag zu vertreten

— In den ersten Tagen des Juni wurde, wie bereits mitgetheilt, in Kassel die 17. allgemeine Lehrerversammlung abgehalten. Wir fassen die Resultate dieser Zusammenkunft in Folgendem zusammen: In dem Vordergrund des Strebens der Lehrer steht das Verlangen nach einem allgemeinen Schulgesetze, dessen Mangel sie noch zu sehr der Willkür derer aussetzt, die in der Schule nur das Mittel sehen, die aufwachsende Generation für ihre selbstsüchtigen Zwecke heranzubilden. Aber sie, die Lehrer, verlangen, daß sie bei der Berathung eines solchen Gesetzes hinzugezogen werden, daß es ihnen nicht vom grünen Tisch aus octroyirt wird. Das ist die Bedeutung der vielfach angestrebten Schulsynoden. Sie verlangen ferner eine Umgestaltung der Seminare, die bisher nur Schulhalter zugestutzt, aber in den meisten Fällen keine Lehrer gebildet haben, „denn, sagte der betreffende Referent, was ich lehren will, muß ich selbst wissen; will ich Charaktere bilden, so muß ich selbst ein Charakter sein; ein Lügner wird nie einen wahrheitsliebenden Menschen erziehen." Die Beantwortung der Frage aber: wie sind bessere Zustände für die Bildung der Jugend zu erzielen? wurde einfach dahin gegeben: Menschenbildung ist das Ziel? Die Individualität soll berücksichtigt, natürlich aus sich herausgebildet werden; keine Schablone, keine Regulative den Zögling abrichten.

— Es wird ein Gesetzentwurf erwartet, betreffend die Marine-Anleihe von 10 Millionen, welche die Bestimmung enthält, daß die Kontrole für diese Schuld provisorisch der preußischen Staatsschulden-Kommission übertragen werden soll. Die Nationalliberalen und Konservativen werden für diese Vorlage stimmen. — Die Quartierleistungs-Kommission hat gestern in ihrer Sitzung die Regierungsvorlage in ihren Hauptpunkten wieder hergestellt. — Die Gewerbe-Kommission hat gestern Abend wegen der Berathung der National-Liberalen über das neue Anleihegesetz nicht gearbeitet.

— In einzelnen Abgeordnetenkreisen geht man damit um, das Koalitionsgesetz wieder zur Sprache zu bringen, nachdem im vorigen Jahre Seitens der Bundes-Regierungen versprochen worden, dasselbe soll durch die Gewerbeordnung mit erledigt werden, und letztere nunmehr unzweifelhaft auf ein Jahr vertagt ist. Ferner wird eine Interpella ion an den Bundeskanzler vorbereitet, um Auskunft darüber zu erlangen, welche Schritte bisher zum Schutze der Auswanderer geschehen und welche zu erwarten seien.

— (Norddeutscher Reichstag.) 19. Sitzung. Präsident: Dr. Simson. Die Tribünen sind schwach besetzt, die Plätze im Hause lückenhaft. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Sechs Urlaubsgesuche werden verlesen und bewilligt. Präsident: Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Prüfung der Wahl des Abg. Harkort Ich bin davon in Kenntniß gesetzt worden, daß einige Mitglieder des Hauses gestern die betreffenden Wahlakten einzusehen gewünscht, aber nicht gefunden haben, da der Herr Referent, der darüber disponirt, beurlaubt gewesen ist. Um Ihnen zu dieser Einsicht noch während der Sitzung Gelegenheit zu geben, bitte ich um die Erlaubniß, die zweite Nummer unserer Tagesordnung voraufnehmen zu dürfen. Das Haus ist damit einverstanden. Es folgt also zunächst die Schlußberathung über den Telegraphen-Vertrag zwischen dem norddeutschen Bunde und Luxemburg. Ref. ist der Abg. Bail. Sein Antrag lautet: „Dem Vertrage die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen." Der Antrag wird, nachdem ihn der Referent kurz befürwortet hat, ohne Diskussion einstimmig angenommen. — Jetzt folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Harkort (4. Arnsberger Wahlkreis, Hagen). Der Abg. Graf v. Arnim-Boitzenburg referirt über dieselbe Namens des 5. Abtheilung. Am 3. Oktober sei die Wahl von dem Reichstage beanstandet und der Herr Bundeskanzler aufgefordert, die gerichtliche Untersuchung über die in dem gegen die Wahl eingegangenen Proteste enthaltenen Thatsachen zu veranlassen. In dem Proteste, der von dem Bürgermeister zu Hagen eingereicht sei, sei darüber Beschwerde geführt, daß von Mitgliedern der Fortschrittspartei einzelnen Wählern Geld, Bier und Schnaps geboten sei, wenn sie für Harkort stimmten, zweitens, daß in einem Wahl-Lokale Stimmzettel mit dem Namen Harkort auf Tischen und Bänken herumgelegen hätten. Die Untersuchung habe stattgefunden; da eine große Anzahl von Zeugen habe gerichtlich vernommen werden müssen, so habe sich das Resultat bis jetzt verzögert. Dasselbe sei, daß ein Stimmenkauf als solcher nicht zu erweisen gewesen sei, daß aber dagegen konstatirt sei, daß die Wahlagitationen sich vielfach den Grenzen des Erlaubten sehr genähert hätten und daß man sich nicht verschließen könne, daß die den Wählern gewährten Annehmlichkeiten ohne allen Zusammenhang mit der Wahl des Abg. Harkort seien. Was das Herumliegen der Wahlzettel in einem der Wahllokale betreffe, so meine die Abtheilung, daß die daselbst abgegebenen Stimmen für ungültig zu erklären seien. Da aber, selbst wenn die sämmtlichen Stimmen aus diesem Wahllokale abgezogen würden, der Abg. Harkort immer noch eine bedeutende Anzahl von Stimmen über die absolute Majorität auf sich vereinige, so beantrage die Abtheilung die Gültigerklärung der Wahl. — Dieser Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Es folgt der 3. Gegenstand der Tagesordnung, die Spezialdiskussion über den Haushalts-Etat des norddeutschen Bundes. Präsident Delbrück beginnt mit der Erläuterung des Etats und beruft sich dabei auf seine Ausführungen bei Berathung des vorigen Etats. Seit dem vorigen Jahre sei die Thätigkeit des Kanzleramtes in umfassender Weise in Entwickelung getreten. Kenntnißnahme und Aufsicht des Eisenbahnwesens seien hinzugekommen. (Redner spricht sehr undeutlich, während er die einzelnen Positionen des Etats durchgeht.) — Abg. v. Kirchmann wünscht Aufklärung über die Stellung des preußischen Kriegsministers zum Bundeskanzler, ob der letztere die entscheidende Person sei für die militärischen Verhältnisse und diejenigen der Marine. Sodann berührt Redner den Militäretat, die Stellung des Militär-Kabinets; er will in diesem nur solche Persönlichkeiten sehen, welche dem Bundeskanzler direkt untergeordnet sind und für welche diese die Verantwortlichkeit übernimmt. Seines Erachtens seien diese Fragen aufzuwerfen bei dem Etat des Bundeskanzleramts. Der Präsident müsse eine beruhigende Erklärung abgeben, weil Absolutismus befürchtet werde in der Verwaltung des Militärwesens. Redner bespricht dann die Stellung des Bundeskanzlers. Bei dem jetzigen körperlichen Leiden desselben dränge sich die Frage der Vertretung desselben auf. Die Verfassung habe nur eine Vertretung für eine kurze Verhinderung vorgesehen. — Präsident des Bundeskanzler-Amtes Delbrück: Ich acceptire es gern, wenn der Abgeordnete für Breslau anerkannt hat, daß ich gestern mit Bereitwilligkeit die an mich gestellten Fragen beantwortet habe. Ich habe es gethan, weil diese Fragen sämmtlich Gegenstände betrafen, welche sich auf die Beschlußnahme über den Etat und die Vorbereitung zu derselben bezogen. Dasselbe kann ich in Beziehung auf die eben gestellten Fragen nicht anerkennen. (Sehr richtig! rechts). Der Bundeskanzler hat früher bereits auf das Bestimmteste erklärt, daß er die Verantwortung für die Militär-Verwaltung in vollem Maße übernehme und ist diesem Versprechen bisher in vollem Maße nachgekommen. Welche Mittel er hierzu einschlägt, das würde nur Gegenstand der Diskussion in diesem Hause sein können, wenn es darauf ankäme durch sachliche und personelle Einrichtungen diese Verantwortung zu gewährleisten. Ich glaube nicht, daß eine Verpflichtung vorliegt, um hier Details der inneren Organisation vorzulegen. Ich habe bereits gestern in Beziehung auf den Etat bemerkt, in welcher Weise derselbe vorbereitet und aufgestellt wird. Ich will nur noch bemerken, daß der Abgeordnete für Breslau unrichtig gehört hat, wenn er glaubt, der Etat der Militär-Verwaltung unterliege lediglich der Revision des preußischen Finanzministers. Ich habe hervorgehoben, daß der Bundeskanzler das Seinige auch dabei thut. Hierauf aber glaube ich mich beschränken zu müssen. Was die Frage betrifft, welche Maßnahmen der Allerhöchste Bundesfeldherr in Beziehung auf die Armee-Angelegenheiten betrifft, so muß ich auch das als einen Gegenstand erachten, der wohl nicht zur Diskussion dieses Hauses gehört. Was endlich den leidenden Zustand des Herrn Bundeskanzlers betrifft, so beschränke ich mich darauf zu bemerken, daß, wenn die Abwesenheit des Bundeskanzler auf längere Zeit von seinem Amte nothwendig werden sollte, die Vertretung einzig und allein dem Ermessen des Allerhöchsten Bundesfeldherrn zusteht und bin ich nicht in der Lage hierüber Mittheilung machen zu können. (Beifall rechts.) Hiermit ist die Diskussion über Kapitel I. der fortdauernden Ausgaben geschlossen. — Abg. Graf Frankenberg wünscht 6000 Thaler ausgeworfen für das Germanische Museum. — Die Generaldebatte wird geschlossen. — Das Haus genehmigt dann die Positionen der Besoldungen und sonstiger persönlicher Ausgaben. — Zu Titel 4 Dispositionsfonds des Bundeskanzlers zu allen unvorhergesehenen Ausgaben, 30,000 Thaler, liegt der Antrag des Abgeordneten Graf Frankenberg vor, über den zunächst die Diskussion eröffnet wird.

Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück: Meine Herren! Ich kann Ihnen die Annahme des Antrags nicht empfehlen. Die Frage, ob der norddeutsche Bund dem Germanischen Museum in Nürnberg eine Subvention zu leisten habe, ist im Schooße des Bundesrathes einer eingehenden Erörterung bereits unterzogen worden. Dieselbe ist veranlaßt, einmal durch die Anregung, welche bei der Etats-Berathung in der vorjährigen Session in diesem Hause gegeben war und ferner durch eine an Se. Maj. den König von Preußen gerichtete Vorstellung des Vorstandes des Germanischen Museums, worin der Antrag gestellt war, daß der norddeutsche Bund und die süddeutschen Regierungen sich zu einer gemeinsamen Subventionirung des Museums vereinigen möchten. Dieser Antrag ist dem Bunde zur Erwägung vorgelegt. Dieser hat seinerseits nicht geglaubt, daß eine Unterstützung dieser Art in den Kreis der Bundesangelegenheiten falle. Ich will beiläufig erwähnen, indem der Herr Antragsteller darauf Bezug genommen hat, daß in Folge des von dem Reichstage gefaßten Beschlusses bezüglich auf eine Subvention zur Beobachtung der bevorstehenden Sonnenfinsterniß der Bundesrath ebenfalls davon ausging, daß eine solche Subvention unzweifelhaft außerhalb des Kreises der Bundesangelegenheiten liege, daß nur die Frage entstehen könne, ob die im Bunde vereinigten Staaten sich entschließen wollten, diese Subvention zu geben, und die dafür erforderlichen Beiträge nach dem Maßstabe der Matrikularbeiträge aufzu-

bringen. In diesem Sinne ist der Beschluß gefaßt worden. Es ist dies also für die vorliegende Frage nicht als Präzedenzfall anzusehen. Bei der Subvention für das Museum kommt außerdem noch sehr in Betracht, daß es sich hier um eine dauernde Unterstützung handelt; während es bei der Subvention für die Sonnenfinsterniß nur auf eine einmalige Unterstützung ankam. Ich kann Sie also nur bitten, den Antrag nicht anzunehmen. — Abg. v. Rabenau befürwortet den Antrag. Wenn man Sonnenfinsternisse beobachten lasse, könne man auch für nationale Denkmäler Opfer bringen. — Abg. Twesten gegen den Antrag, weil es an einem Anhalt fehle für eine Entschließung zu einer solchen dauernden Ausgabe. Unterstützung des Museums wolle er ebenfalls und er halte die Einrede der Inkompetenz nicht für stichhaltig. Zugleich wünsche er bei dieser Position Auskunft über die Unterstützung des Rechtsschutzvereins in London, bezüglich dessen in voriger Session das Haus Beschluß gefaßt hat. — Präsident Delbrück bemerkt, daß nach den eingezogenen Erkundigungen der Bundesrath sich nicht zur Unterstützung des Rechtsschutzvereins veranlaßt sehe. In einzelnen Fällen habe der Verein segensreich gewirkt, die Organisation biete aber nicht die erforderliche Garantie, welche die Regierungen für den Fall der Unterstützung verlangen müssen. — Abg. Gebert für den Antrag Frankenberg. Die Kompetenzfrage könne hier nicht aufgeworfen werden. Wir müssen einstweilen wenigstens den geistigen Anknüpfungspunkt mit dem Süden festhalten, so lange wir die Kohlenstation „Main" nicht überschreiten. — Abg. v. Hennig gegen den Antrag. — Abg. Graf Frankenberg modifizirt seinen Antrag dahin, daß eine Unterstützung dem Museum gewährt werde. — Mit dieser Fassung erklärt sich Abg. v. Hennig einverstanden, macht aber auf die Bedürfnisse der Schulen aufmerksam. Werde dem Museum eine Unterstützung gewährt, so werden andere Ansprüche nachfolgen. Dabei verkenne er nicht die Bedeutung des Museums für die Nation. — Abg. Miquel für den Antrag. Man soll dem Hause mit der langweiligen Einrede der Inkompetenz vom Halse bleiben. Der Bundesrath sei noch ängstlicher als die guten Schwaben. Man könne sich nicht hinter der Ausrede verstecken, daß man Nichts thun könne, weil der selige Bundestag auch Nichts gethan habe.

Es sprachen ferner noch die Abgeordneten Lasker, Harnier, v. Vincke-Olbendorf. — Das Haus nahm den Antrag in folgender Fassung an „den Bundeskanzler zu ersuchen, dem Germanischen Museum eine Unterstützung zu gewähren." Nachdem noch die Abgg. v. Kirchmann und Lesse zu Tit. 4 gesprochen, wurde derselbe angenommen, ebenso Titel 5: Zu Pensionen und Unterstützungen für die Angehörigen der vormaligen schleswig-holsteinschen Armee 76,000 Rt., Kap. 2: Bundesrath und Ausschüsse des Bundesrathes, Kap. 3: Reichstag 20,563 Rt. — Zu Kap. 4, Bundes-Konsulate 275,650 Rt., nahm der Abg. Schleiden das Wort. Die einzelnen Titel und Nummern wurden ohne Widerspruch angenommen. Der Abg. Friedenthal motivirte zu Tit. 1 Nr. 2 Konsulate seinen Antrag: „den Bundeskanzler zu ersuchen: die Organisation eines Bundes-Konsulats in Pesth-Ofen mit möglichster Beschleunigung veranlassen zu wollen." Nachdem der Kommissarius Geh. Leg.-Rath König, dem Antragsteller geantwortet hatte, beschloß das Haus dem Antrage gemäß. — Auf Antrag des Abg. Twesten wurde Kap. 6, Marine-Verwaltung, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Das Haus ging darauf zur Spezialdebatte über II. „Einmalige und außerordentliche Ausgaben" über. Zu Kap. 1 Bundeskanzler-Amt (für die Erwerbung eines Grundstücks für den Bund, erste Rate 150,000 Rt.) nahm der Abg. Gebert das Wort, dem der Präsident des Bundeskanzler-Amtes anwortete. An der Debatte betheiligten sich noch die Abg. v. Hoverbeck, Twesten, Grumbrecht, Waldeck, v. Wedemeyer, v. Blanckenburg, Lasker, welcher den Antrag stellte, die Beschlußfassung über die Position bis zum Schluß der Vorberathung des ganzen Etats auszusetzen. Nachdem der Präsident des Bundeskanzler-Amtes sich über diesen Antrag geäußert, sprachen die Abgg. Schwerin, Camphausen (Neuß), v. Hennig. Das Haus nahm den Antrag des Abg. Lasker an. Kap. 2, Bundeskonsulate 55,000 Rt., wurde genehmigt, ebenso Kap. 3. Postverwaltung, 1) Antheil der Postverwaltung des norddeutschen Bundes an den Ausgaben für die nach den Postverträgen mit den süddeutschen Staaten und Oesterreich vorübergehend in Wirksamkeit tretende Taxirungs-Kommission 8000 Rt. 2) Dispositionsfonds des Bundes-Präsidiums zur Herstellung normaler Einrichtungen in den Hansestädten 11,556 Rt. und Kapitel 4. Telegraphen-Verwaltung 324,945 Rt. — Darauf wurde die General-Diskussion über „Einnahme" Kap 1. Zölle und Verbrauchssteuern eröffnet. Es sprachen die Abgeordneten Grumbrecht, Schleiden, Wiggers-Rostock, Waldeck, Roß und der Präsident des Bundeskanzler-Amtes. Die Position „Zölle und Verbrauchssteuern" wurde darauf genehmigt. (Schluß der Sitzung $2\frac{1}{2}$ Uhr.)

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der Etatsberathung und Berathung des dritten Berichts der Petitions-Kommission.)

Freiburg, 7. Juni. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz traf in Begleitung Sr. Durchlaucht des Fürsten von Pleß gestern früh $9\frac{1}{4}$ Uhr auf Schloß Fürstenstein ein. Höchstderselbe wurde von sämmtlichen fürstlichen Beamten empfangen und darauf von Sr. Durchlaucht in die inneren Räume des Schlosses geleitet. Später promenirte Se. Königliche Hoheit in Begleitung des Fürsten im Park und in den Anlagen, begab sich nach den fürstlichen Wirthschaftsgebäuden und nahm die Musterwirthschaft daselbst in Augenschein. Nachmittags um $3\frac{1}{2}$ Uhr fand in der Schloßkapelle der feierliche Taufakt statt. Se. Königliche Hoheit war hierzu in Generals-Uniform erschienen. Nach vollzogenem Akt fand in dem großen Saale das Diner statt, zu welchem auch das Offizierkorps des hier garnisonirenden 2. schlesischen Jäger-Bataillons Einladungen erhalten hatte. Abends $7\frac{1}{4}$ Uhr fuhr Se. Königl. Hoheit, wiederum begleitet von Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Pleß, durch den Fürstensteiner Park nach Altwasser, von wo aus die Rückreise nach Berlin erfolgte.

Danzig, 8. Juni. Der Transportdampfer „Rhein" ist von Kiel aus gestern Morgen hier eingetroffen und wird nach Verladung von hier gefertigten Inventarienstücken in einigen Tagen wieder dahin abgehen.

Hamburg, 8. Juni. Der Senat beantragte bei der Bürgerschaft die Ratifikation eines Vertrages mit Preußen wegen der Verhältnisse der Hamburgischen Enklaven, der Walddörfer.

Ausland.

Wien, 9. Juni. Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wohnte Prinz Napoleon in der Hofloge bei. Das Abgeordnetenhaus nahm das Gesetz an, wodurch das Ministerium ermächtigt wird, eine schwebende, bis Ende 1869 aus dem Erlös des Staatsgüterverkaufs zurückzuzahlende Schuld von 25 Millionen aufzunehmen. — Es genehmigte sodann den österreichisch-englischen Schifffahrtsvertrag.

Brüssel, 6. Juni. Die „Independance belge" meldet, die Kaiserin Charlotte werde nächstens ihren Wohnsitz nach Brüssel verlegen, wo für sie ein Palast gekauft wurde.

Brüssel, 9. Juni. Die Wahlen zum gesetzgebenden Körper sind ungünstig für das Ministerium in Antwerpen und Brügge ausgefallen, doch wird die Niederlage durch den Sieg in Bastogne, Nivelles, Furnes ausgeglichen.

— Das Resultat der Deputirtenwahlen ist jetzt endgültig bekannt. Die Liberalen haben zwei Stimmen gewonnen. Die Repräsentantenkammer besteht gegenwärtig aus 74 Liberalen und 50 Klerikalen.

Paris, 9. Juni. Die Kaiserliche Familie reist heute nach Fontainebleau ab. — Der preußische Botschafter Graf v. d. Goltz wird am Sonntag nach Ems gehen, um dort seine gewöhnliche Kur vorzunehmen; es ist nicht etwa eine neue Krankheit Veranlassung dazu. — Die „Patrie" widerspricht dem Gerüchte, daß der Fürst von Hohenzollern Berlin verlassen habe, um sich nach Bukarest zu begeben; der Fürst verweile in den französischen Pyrenäen.

— Der „Constitutionnel" sagt: Gewisse öffentliche Blätter in Luxemburg haben sich zu Bestrebungen hingegeben, welche angeblich zu Gunsten eines Anschlusses an Frankreich existiren. Diese Demonstrationen sind geeignet, zahlreiche Interessen zu benachtheiligen, eine bedauernswerthe Verbreitung zu finden und Ungewißheit über eine Frage zu bringen, in der jede zweideutige Auffassung unmöglich sein sollte. Jeder weiß, daß die Stellung des Großherzogthums in der Londoner Konferenz durch die Akte vom 11. Mai 1867, an der sich die Großmächte betheiligt haben, geregelt worden ist. Es ist seitdem kein Ereigniß eingetreten, welches berechtigt, daran zu zweifeln, daß bei allen Kabinetten der feste Wille vorhanden ist, den damals begründeten Zustand aufrecht zu erhalten. Wir glauben, daß man der Agitation keine weitere Bedeutung beilegen dürfe, als die einer bloßen Zeitungspolemik.

Petersburg, 9. Juni. Das „Journal de St. Petersburg" veröffentlicht ein Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff, in welchem ein Bericht des Kriegsministers bezüglich der Verwendung von Explosionskugeln mitgetheilt wird. Das Rundschreiben sagt, daß der Kaiser es für seine Pflicht halte, so lange Kriege noch als unvermeidliche Eventualität existiren, das dadurch verursachte Elend möglichst zu vermindern. Der Kaiser habe deshalb den ausgesprochenen Ansichten seines Kriegsministers vollständig beigepflichtet, nach welchen der Gebrauch von Explosionsgeschossen gänzlich von der Bewaffnung der Truppen ausgeschlossen oder wenigstens beschränkt werden müßte auf die Anwendung von Geschossen mit Sprengladung zum Sprengen der Munitionswagen. Der Kaiser befiehlt deshalb seinen diplomatischen Agenten, eine Konvention zwischen allen Staaten in Anregung zu bringen, um sämmtliche Explosionsgeschosse oder wenigstens Sprengladungsgeschosse gegen Menschen und Pferde zu beseitigen, als ein Zerstörungsmittel, dessen Gebrauch eine Grausamkeit sei, die in den Anforderungen des Krieges keine Entschuldigung finde.

Washington, 28. Mai. Der demokratische Agent Wolley, welcher der Bestechung von Senatoren beschuldigt ist, verweigerte auch bei seiner abermaligen Vernehmung jede Aussage.

Beim Senate ist der Antrag auf Vorlegung der Alabama-Korrespondenz eingebracht. Der Diktator Sa nave ist, hier eingegangenen Nachrichten zufolge, von den Cacos-Rebellen am 16. Mai in der Nähe von Port-au-Prince geschlagen. Das erwartete englische Kanonenboot ist eingetroffen und droht mit Beschießung.

Washington, 29. Mai. Der Präsident Johnson hat Stanberry, der, um die Leitung der Vertheidigung im Anklageprozesse zu übernehmen, seine Stelle als General-Staatsanwalt niedergelegt hatte, in seinen früheren Posten wieder eingesetzt. — Vom Senate ist ein Komité niedergesetzt worden, um die Untersuchung über die behauptete Bestechung jener Senatoren zu leiten, welche im Anklageprozeß gegen den Präsidenten Johnson für „Nichtschuldig" gestimmt haben. — Aus Hayti wird gemeldet, daß die ausländischen Konsuln sich geweigert haben, der Forderung Salnaves zu willfahren, welcher die Auslieferung der in die Konsulatsgebäude aufgenommenen Flüchtlinge verlangt hatte.

Pommern.

Stettin, 10. Juni. Dem Vernehmen nach ist der Herr Oberpost-Direktor Bormann nach Königsberg i. Pr. versetzt und wird bereits am 1. Juli nach seinem neuen Bestimmungsort abgehen. Der Nachfolger desselben ist noch nicht bekannt.

— Für die Kriegsschiffe „Grille" und „Gazelle" waren in der Maschinenbaufabrik „Vulcan" vor einiger Zeit neue Kessel bestellt worden, jedoch wurde die Bestellung kurze Zeit nach Ablehnung der Marine-Anleihe rückgängig gemacht. Wie nun verlautet, ist dieser Tage die Anfertigung der Kessel wiederum dem „Vulcan" übertragen worden.

— Brzostowicz, Sec.-Lt. vom Train des 1. Bataillons (Inowraclaw) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 54, ist zum Pr.-Lt. befördert; v. Kitzing, Pr.-Lt. a. D. mit dem Charakter als Hauptmann, zuletzt im 8. pomm. Inf.-Regt. Nr. 61, als Führer der Straf-Abth. in Danzig angestellt.

— Herr Superintendent Lengerich in Demmin hat sich das pommersche Museum zu ganz besonderem Danke dadurch verpflichtet, daß er demselben die gerichtlichen Akten eines in Demmin verhandelten Hexenprozesses zum Geschenk gemacht hat. Der Titel der Akten lautet: Acta inquisitionis contra Trinam Oseloff's Ties Doelings Hausfrawen in puncto Zauberei. Ex officio judicis 1604. Tit. XX. Litt. O. Nr. 1. Aus dem Aktenstück ist zu entnehmen, daß die Angeklagte verbrannt worden ist.

— In verflossener Nacht fand in der Baumstraße zwischen einigen Matrosen eine Schlägerei statt, bei welcher der Matrose Sörensen vom Dampfer „Ariel" einige nicht unbedeutende Verletzungen am Kopfe erhielt. Zwei der Exzedenten wurden durch die Wächter verhaftet.

Stargard, 9. Juni. Die heutige Versammlung von Müllern und Mühleninteressenten der Provinz Pommern war, wie man der „Od.-Z." berichtet, von etwa 50 Theilnehmern besucht. Herr Mahlkuch-Klützow eröffnete dieselbe, und auf seinen Vorschlag wurde Herr van den Wyngaert einstimmig zum Vorsitzenden erwählt. Derselbe setzte in längerer Rede die Vortheile des deutschen Verbandes von Müllern und Mühleninteressenten auseinander, die Versammlung beschloß darauf die Gründung eines Zweigverbandes der Provinz Pommern. Als Sitz des Zweigvereins wurde Stargard gewählt, in den Vorstand die Herren Hirsch-Plathe, Mahlkuch-Klützow, Ninas-Stargard, Lieder Stargard, A. Stege-Hammermühle bei Stargard, G. W. Wolff-Colberg, Denzin-Schlawe, Hermann Wolff-Labes, Lehl-Stralsund, Stege-Pasewalk, Bandt-Torgelow, Junker-Vogelsang, Hackstock-Damm, Schmidt-Döltitz, Streitz-Rauschmühle. Dem Vorstande wurde das Recht gegeben, sich durch Kooptation zu ergänzen, für den Fall, daß einige der gewählten Herren ablehnen sollten.

Freienwalde i. P., 8. Juni. Heute erfolgte die Einführung des von der Königl. Regierung zu Stettin als Bürgermeister bestätigten Hrn. Krüger durch den Landrath Hrn. v. Waldaw-Steinhöfel.

Stralsund, 9. Juni. Die „Stralf. Ztg." schreibt: Nach zuverlässigen Nachrichten werden die Geschäfte der Ober-Post-Direktion in Stralsund vom 1. Juli cr. ab mit denen der Ober-Post-Direktion in Stettin vereinigt werden, und ist die Verwaltung der beiden kombinirten Ober-Post-Direktions-Bezirke von demselben Termine ab dem von Stralsund nach Stettin versetzten Ober-Post-Direktor Gruber übertragen worden.

Vermischtes.

— Die Kaiserin Charlotte hat soeben einzelnen ihr und dem Kaiser Maximilian nahestehenden Personen ein rührendes Erinnerungsblatt zugehen lassen: Die photographische Reproduktion eines jedenfalls nach ihrer eigenen Angabe, wenn nicht von ihr selbst entworfenen Bildes, den Kaiser darstellend, wie er auf einem halbversinkenden Nachen in wild wogender See, eine Flagge an die Brust drückend, stolz und stark aufrecht steht. — Das Bild enthält den Geburts- und Todestag des Kaisers und die Worte: Priez pour lui!

Wollbericht.

Stralsund, 9. Juni, Nachmittags. Zufuhren 7—8000 Ctr., wovon bis jetzt etwa der vierte Theil verkauft ist. Sehr flaue Tendenz. Ausgezeichnet gute Wäschen mit 60—62 Rt., also 5 Rt. niedriger als im vergangenen Jahre bezahlt. Mittelmäßige Wäschen bleiben fast unberücksichtigt. Wahrscheinlich wird der Markt mit noch billigeren Preisen schließen.

Breslau, 8. Juni. Der Markt hat heute in träger ja flauer Haltung begonnen, da die Qualität und Wäsche der zum Markte gestellten Wollen im Allgemeinen viel zu wünschen übrig ließ. Die besser behandelten Wollen fanden bei einer Reduktion von 2—3 Rt. schnelle Abnahme, während die minder gelungenen erst bei einer Ermäßigung von 5—8 Rt. an den Markt gebracht worden sind. Auf dieser Basis entwickelte sich im Laufe des Tages ein sehr umfangreiches Geschäft und ist fast die Hälfte des zugeführten Quantums verkauft worden. Hauptabnehmer Rheinländer, Franzosen und Engländer.

— 9. Juni, Mittags. Nachdem die gut konditionirten feinen Wollen verkauft, steigerte sich der Abschlag bei sehr schleppendem Geschäft bis auf 8, in einzelnen Fällen bis auf 10 Rt. Es ist noch etwa $\frac{1}{3}$ der in erster Hand offerirten Wollen unverkauft. Die Zufuhren waren geringer als im vorigen Jahre.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 9. Juni, Vormittags. Angekommene Schiffe: Anna, Hoppe; Albertina, Butzen von Lübeck. Confidence, Jörgensen von Christiansund. Alexander Newsky, Swinhöw von St. Davids. Teutonia (SD), Töppe von Rostock Ossian (SD), Berg von London. Echo (DS), King von Hull; löscht in Swinemünde. 3 Schiffe ansegelnd. Wind: W. Strom ausgehend. Revier $14\frac{3}{4}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Juni. Witterung: schön. Temperatur + 17° R. Wind NO.

Weizen anfangs fest, schließt matt, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 90—98 Rt. bez., bunter poln. 88—93 Rt., ungarischer 62—74 Rt., besserer 75—80 Rt. bez., feiner 81—84 Rt. bez., per 83—85pfd. gelber Juni 95, 94 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $88\frac{3}{4}$, 88 Rt. bez. u. Br., Juli-August $85\frac{3}{4}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez u. Br., 85 Gd., September-Oktober $79\frac{1}{2}$, 80, $79\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br.

Roggen anfangs rasch steigend, schließt flau und niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 54—58 Rt. bez., 81pfd. effektiv 61 Rt. bez., 82—83pfd. 63 Rt. bez., Juni $59\frac{1}{2}$, 61, $59\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 58, $59\frac{1}{2}$, $57\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juli-August $55\frac{1}{2}$, $56\frac{1}{2}$, $55\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., 55 Gd., September-Oktober $54\frac{1}{4}$, $54\frac{1}{2}$, 54 Rt. bez.

Gerste stille, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische u. ungar. 42 bis 47 Rt. bez.

Hafer per 1300 Pfd. loco 33, 35 Rt. bez., pr. 47—50pfd. Juni $35\frac{1}{2}$ Br., Juni-Juli 35 Rt. bez. u. Gd.

Winterrübsen nahe Termine ohne Abgeber, pr. September-Oktober 74 Rt. bez.

Rüböl behauptet, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., Juni 10 Rt. bez., Juni-Juli 10 Rt. Br., Juli-August $9\frac{11}{12}$ Rt. Br., Septbr.-Oktober 10 Rt. bez. u. Br., $9\frac{11}{12}$ Gd.

Petroleum loco $6\frac{7}{12}$ Rt. bez., Juni-Juli Newyorker Abladung $6\frac{2}{3}$ Rt. bez.

Spiritus unverändert, loco ohne Faß $17\frac{5}{6}$ Rt. bez., Juni und Juni-Juli $17\frac{5}{6}$ Rt. Br., Juli-August $18\frac{1}{6}$, 18 Rt. bez. u. Gd., August-Septbr. $18\frac{1}{3}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Sept.-Okt. $17\frac{3}{4}$ Rt. Gd., Oktober-November $16\frac{5}{12}$ Rt. bez.

Angemeldet. 300 Wspl. Weizen, 100 Wspl. Roggen, 200 Centner Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen $94\frac{1}{2}$, Roggen 60, Rüböl 10, Spiritus $17\frac{5}{6}$.

Landmarkt.

Weizen 90—98 Rt., Roggen 57—63 Rt., Gerste 42—45 Rt., Hafer 35—38 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 55—60 Rt. pr. 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. $7\frac{1}{2}$—15 Sgr., Stroh pr. Schock 6—8 Rt.

Berlin, 10. Juni, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84 bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $95\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $135\frac{3}{4}$ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien $93\frac{3}{4}$ bez. Oesterr. National-Anleihe 56 bez. Pomm. Pfandbriefe $85\frac{3}{8}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $183\frac{3}{4}$ bez. Amerikaner $78\frac{1}{8}$ bez.

Weizen Juni 76 bez., 75 Br. Roggen pr. Juni 56 bez., $54\frac{1}{4}$ Br., Juni-Juli $55\frac{1}{4}$, $53\frac{3}{4}$ bez., Juli-August $54\frac{1}{4}$, $52\frac{1}{2}$ bez. Rüböl loco 10 Br., Juni 10 Br., Juni-Juli $10\frac{1}{8}$, 10 bez. Spiritus loco $18\frac{1}{4}$ bez., Juli-August $17\frac{3}{4}$, $\frac{5}{8}$ bez. August-Septbr. 18 bez., $17\frac{5}{6}$ Br., Septbr.-Oktober $18\frac{5}{24}$, 18 bez.

Breslau, 9. Juni. Spiritus per 8000 Prozent Tr. 17. Roggen per Juni $54\frac{3}{4}$, per Herbst $52\frac{1}{4}$. Rüböl per Juni $9\frac{1}{2}$, pr. Herbst $9\frac{2}{3}$. Zink ruhig.

Hamburg, 9. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco begehrt. Weizen und Roggen auf Termine animirt. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 154 Bankothaler Br., 153 Gd., pr. Juni-Juli 147 Br., 146 Gd., pr. Juli-August 141 Br. u. Gd. Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 95 Br., 94 Gd., per Juni-Juli 94 Br., 93 Gd., per Juli-August 93 Br., 92 Gd. Hafer stille. Rüböl besser, loco und pr. Juni $20\frac{3}{4}$, per Oktober $22\frac{1}{8}$. Spiritus besser. Kaffee ruhig. Zink sehr stille. — Wetter trübe und kühl.

Amsterdam, 9. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine 13 Fl. höher, per Juni 205, per Juli 208.

Stettin, den 10 Juni

Hamburg	6 Tag.	$151\frac{1}{4}$ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	$150\frac{5}{8}$ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{1}{6}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 $24\frac{5}{8}$ bz	Pr. National-V.-A.	4	119 B
"	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	750 B
Paris	10 Tg.	$81\frac{1}{3}$ B	Pomerania	4	—
"	2 Mt.	—	Union	4	—
Bremen	3 Mt.		St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	$92\frac{1}{4}$ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 54 57	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower "	4	—
"	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
" "	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
" Rentenb.	4	—	Germania		100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		—
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	—
" Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
" "	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
" Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	—			—